



SP4-Nationalrat Martin Naef an einem Brunch mit Neumitgliedern der Sektion.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Wir haben die Wahlen in Zürich gewonnen – und zwar spektakulär! Die Mehrheit im Gemeinderat ist wieder links. Das war nur durch das Engagement von zahlreichen SP-Mitgliedern möglich. Danke! Doch nun dürfen wir nicht ausruhen. Denn jetzt geht es an die Umsetzung: Regularisierung tausender Sans-Papiers, 50 Kilometer Velorouten, 100% gemeinnütziges Wohnen auf dem Neugasse-Areal, und und und... Hier sind wir nun alle gefordert.

Freuen wir uns darauf, unsere Stadt zu verbessern!

Solidarisch,

Lewin



Seite 3:

**SMS-Interview mit Kartin Wüthrich
Schulpräsidentin Limmattal**

Seite 5:

Pro und Kontra zur neuen Observationsverordnung

Seite 19:

Omars Gassenglosse

Seite 20:

Termine und Parolen

Züri City Card: für ein Recht auf Rechte für alle und eine solidarische Stadt.

Nach den Wahlen müssen wir unser Versprechen nach einer «Stadt für alle» beim Wort nehmen und dafür einstehen, dass die Forderung nach einer rechtlichen, politischen, so-zialen und kulturellen Teilhabe aller in Zürich lebenden Menschen kein leeres Versprechen bleibt. Seit dem 4. März 2018 stehen die Mehrheitsverhältnisse so, dass die Stadt Zürich diesem Anspruch gerechter werden kann. Aber das Thema ist zu zentral, als dass wir das Einlösen dieser Forderung nur dem Parlament allein überlassen sollten.

*Jenseits politischer Machtverhältnisse rührt die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe im Kern an unserem grundlegenden Gesellschafts- und Demokratieverständnis. Die Stärkung einer urbanen Solidarität ist auf zivilgesellschaftliches Engagement zwingend angewiesen. Eine Bewegung, die dies klar erkannt und für die Umsetzung einer zukunftsweisenden Bürgerinitiative ein aussichtsreiches Fundament gelegt hat, ist der Verein «Züri City Card». Nach dem Vorbild kanadischer oder US-amerikanischer Städte wie etwa New York, die eine City-ID schon vor Jahren eingeführt haben, streben sie auf der Grundlage der Urban Citizenship, einer städtischen Bürger*innenschaft, mit der City Card einen Ausweis für alle im Grossraum Zürich lebenden Menschen an.*

*Ausgehend von der prekären Lage der hier lebenden und arbeitenden Sans-Papiers hat sich der Verein die Normalisierung des Alltagslebens und die Verbesserung der Lebenssituation von Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus zum Ziel gemacht hat. Gemäss Staatssekretariat für Migration (SEM) leben allein in der Stadt Zürich 14'000 Sans-Papiers: 14'000 Menschen ohne rechtliche Identität, vielfach Opfer von Gewalt und wirtschaftlicher Ausbeutung, und aufgrund ihres illegalen Status aus Angst vor Verhaftung und Ausschaffung nicht in der Lage, ihre grundlegendsten Rechte wahrzunehmen.*

Derweil der Zürcher Regierungsrat hinsichtlich der Legalisierung von Sans-Papiers im vergangenen Mai keinen Handlungsbedarf sehen konnte, floriert die Schwarzarbeit in Privathaushalten mit der illegalen Beschäftigung von Sans-Papiers im Kanton Zürich munter weiter. Und es scheint nicht so, also ob sich auf kantonaler Ebene in absehbarer Zukunft politische Mehrheiten zur Regularisierung der Sans-Papiers bilden werden. Die Stadt Zürich wird hier den Alleingang gehen müssen. Die rechtliche Klärung einer Urban Citizenship wurde vom Stadtrat in Auftrag gegeben und der Legalisierung der Sans-Papiers auf präsidialer Ebene hohe Dringlichkeit attestiert.

*Unter diesen positiven Vorzeichen ist das Signal, dass ein solcher Ausweis bei der Bevölkerung breite Unterstützung geniesst, von entscheidender Bedeutung. Es braucht noch viele weitere Unterstützer*innen und deren Zusicherung, die Karte nach ihrer Einführung auch zu nutzen. Darum schaut vorbei auf www.zuericitycard.ch!*

Maya Kägi Götz, Co-Präsidentin SP 5, Gemeinderätin

SMS-INTERVIEW mit Katrin Wüthrich, Schulpräsidentin Limmattal (Wiederwahl am 10. Juni 2018 empfohlen!)



Katrin Wüthrich

Geführt von Thomas Loosli, Vorstandsmitglied SP 5

Bist du glücklich in deinem Job?

Katrin: Ich bin sehr glücklich in meinem Job. Er ist sehr vielfältig und ich freue mich darauf, mich weitere vier Jahre als Schulpräsidentin für eine gute Volksschule einzusetzen.

Was würdest du in deiner Funktion als Schulpräsidentin gerne anders machen, wenn du könntest?

Manchmal wäre ich gerne näher bei der Basis. Da passiert Schule.

Mit dem neuen Berufsauftrag und dem kommenden Lehrplan 21 war zuletzt viel Unruhe an der Schule. Haben sich die Wogen etwas geglättet?

Der Lehrplan 21 wird im Sommer 2018 vom Kindergarten bis zur 5. Klasse und im Sommer 2019 von der 6. Klasse bis zur 3. Oberstufe eingeführt. Dieser gibt den Schulen die Möglichkeit, sich mit pädagogischen Fragen auseinander zu setzen. Die Schulen haben drei Jahre Zeit für die Einführung. Das Thema Beurteilung wird die Schule sicher noch länger beschäftigen. Da sind die Lehrpersonen nicht beunruhigt. Beim Berufsauftrag ist die Situation eine etwas andere. Für die Lehrpersonen ist noch nicht ersichtlich, was die Umstellung auf die Jahresarbeitszeit und das Notieren der Arbeitszeit bezüglich ihrer Entlastung bringen wird. Momentan wird der Neue Berufsauftrag eher als hemmend wahrgenommen. Bei jeder Aktivität wird geschaut, ob noch Zeit dazu da ist. Im Schulkreis arbeiten die Schulleitungen jedoch transparent mit den Lehrpersonen, was zur Beruhigung beiträgt. Auch sind mir als Gewerkschafterin die Probleme bekannt und ich nehme sie ernst.

Was wird für den Schulkreis Limmattal die grösste Herausforderung der kommenden Jahre sein?

Die Bevölkerungsstruktur im Schulkreis ändert sich. Dies führt zu neuen Anforderungen der Eltern an die Schule. Alle Kinder sollen sich in der Schule wohl fühlen und möglichst gut gefordert und gefördert werden.

Ich will weiterhin mit einem kritischen Blick die Schulen in ihrer Arbeit unterstützen. Schwerpunkte sind dabei im Sommer 2019 die Einführung der Tagesschule 2025 der Schulen im Kreis 5 (wenn das Stimmvolk am 10. Juni 2018 die Vorlage annimmt), die Qualität unserer Oberstufenschulhäuser, welche alle mit gemischten Abteilungen arbeiten, die Integrationskraft der Schulen und die dazu nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Was war dein bisher wichtigster Erfolg als Schulpräsidentin?

Damit ich meine Arbeit gut machen kann, bin ich auf die Unterstützung der Verwaltung und auf eine funktionierende Schulpflege angewiesen.

Ich habe mich dank der Unterstützung der Mitarbeiter*innen der Kreisschulpflege schnell in die Themen eingearbeitet und konnte mich kritisch in die Diskussionen einbringen.

Mit den Schulleitungen habe ich ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und die Arbeit mit den Mitgliedern der Schulpflege läuft sehr gut. Auch pflege ich einen sorgfältigen Umgang mit den Mitarbeitenden und den Anliegen der Eltern.

PRO UND KONTRA ZUR NEUEN OBSERVATIONS-VERORDNUNG

Bisher gibt es keine rechtliche Grundlage, die Observationen im Fall von unrechtmässigem Sozialhilfebezug regelt. Um einem kantonalen Erlass zuvorzukommen, ist unser Stadtrat Raphael Golta von sich aus aktiv geworden und hat eine städtische Verordnung ausgearbeitet. Die zuständige Kommission hat einige Anpassungen vorgenommen. Die Mehrheit der Gemeinderatsfraktion und der Delegiertenversammlung der Stadtpartei unterstützen die angepasste Vorlage.

Die Streitfragen: Wie soll die SP mit missbräuchlichem Sozialhilfebezug umgehen? Wie definiert sie verhältnismässige Mittel? Wie geht sie mit den Grundrechten der observierten Personen um?

Über diese Fragen und über die neue Observationsverordnung streiten sich Koni Löpfle, ehemaliger Präsident der SP Stadt und Luisa Schwegler, Vorstandsmitglied SP5.



PRO: Koni Löpfle

Vertrauen bewahren

Die Stadt Zürich gibt pro Jahr gut 300 Millionen Franken für die Sozialhilfe aus. Als Sozialbehörde bewilligen wir Ausbildungen für Jugendliche in Schwierigkeiten, die mehr als 100'000 Franken kosten können. Es kommt vor, dass SozialhilfeempfängerInnen wegen Betrugs vor Gericht stehen und die Medien darüber berichten. Ohne dass dies unsere Arbeit bei der Sozialhilfe behindert. Vor gut 10 Jahren war das deutlich anders. Die Medien berichteten fast täglich über einen neuen Skandal in der Sozialhilfe der Stadt Zürich, über immer wieder Neue, die zu unrecht viel Sozialgeld bezogen hatten. Dass die meisten Anschuldigungen falsch oder übertrieben waren, glaubte uns niemand mehr: Auch die eigenen Leute. Wir mussten das Vertrauen,

dass die Richtigen Geld erhalten und Missbrauch wirksam bekämpft wird, dringend wieder herstellen. Ein Mittel dazu waren die Sozialdetektive, die ausschliesslich von der Sozialbehörde für jeden einzelnen Fall eingesetzt, bei Personen verdeckt ermittelten, bei denen der konkrete Verdacht auf Missbrauch bestand. Zudem auf einen Missstand, der mit anderen Mitteln als der verdeckten Observation nicht abgeklärt werden kann. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Schwarzarbeit in dem Sinne, dass der Verdächtige einen genügenden Lohn und Sozialhilfe gleichzeitig bezieht

Seit 10 Jahren werden so jährlich gegen 100 Personen mit konkreten Verdachtsmomenten, die in fast allen Fällen für eine Anzeige bei der Polizei ausreichen, ermittelt und in rund Zweidritteln der Fälle bestätigt sich der Verdacht. Die Sozialdetektive wurden vor 10 Jahren mit fast 90 Prozent Ja in einer Volksabstimmung angenommen, die Richtlinien waren immer öffentlich und die Sozialbehörde informierte darüber Jahr für Jahr. Es gab keine einzige Klage. Unter anderem auch, weil die Sozialdetektive der Stadt Zürich nicht das Leben eines Verdächtigen auskundschaften, sondern nur wissen wollen, ob er oder sie Geld verdienen, das sie nicht angeben. Sie stochern nicht im Dunkeln, sondern klären einen kon-

kreten Verdacht in einem beschränkten Zeitrahmen ab. Wir wollen jene erwischen, die regelmässig arbeiten und nicht jemanden monatelang nachspüren, der einmal im Monat möglicherweise ein bisschen putzt.

Die in der Stadt Zürich eingesetzten Sozialdetektive (es sind städtische Angestellte), erleichtern den SozialarbeiterInnen die Arbeit, schaffen Vertrauen in die Sozialhilfe und bewiesen 10 Jahre, dass sie ihren Job verstehen. Dies abzuschaffen, nur weil die SVP dafür ist, fände ich ein beachtliches Eigengol.



KONTRA: Luisa Schwegler

Die Überwachung durch technische Hilfsmittel (z.B. GPS-Tracker) kommt heute bereits im Strafverfahren zur Anwendung. Neben dem augenscheinlichen Unterschied, dass es sich im Strafverfahren um die Observation von möglichen Straftäter*innen handelt, wobei selbstverständlich auch hier die Unschuldsvermutung gilt, und im Ver-

fahren der Sozialbehörde um die Observation von möglicherweise ungerechtfertigtem Bezug von Sozialhilfegeldern, gibt es einen weiteren kleinen Unterschied: Im Strafverfahren muss der Einsatz von technischen Hilfsmitteln zur Überwachung von einer richterlichen Behörde, dem Zwangsmassnahmengericht, angeordnet werden. Im Verfahren um Sozialhilfebetrug sieht die neue Verordnung vor, dass die städtische Sozialbehörde den Einsatz der Überwachungsmittel anordnet und nicht ein Zwangsmassnahmengericht, wie es bei einem Strafverfahren üblich ist.

Der Einsatz technischer Überwachungsmittel greift stark in das Grundrecht auf Privatsphäre von Personen ein. Dies sollte im Sinne der Gewaltenteilung zwingend von einer richterlichen Behörde angeordnet werden und nicht von einer gesetzgebenden Behörde wie der städtischen Sozialbehörde. Selbstverständlich kann die Sozialbehörde mit fähigen und in unserem Sinn politisierenden Personen besetzt sein. Im Zweifel und je nach politischer Lage kann aber auch das Gegenteil der Fall sein. Auch verfängt das Argument nicht, es mache faktisch keinen Unterschied, welche Behörde die Überwachung bewilligt, da ohnehin sämtliche Gesuche um

Überwachungen bewilligt werden. Gerade bei solch schwerwiegenden Grundrechtseingriffen sind rechtsstaatliche Prinzipien, wie das Institut der Gewaltenteilung, zwingend einzuhalten. Lockerungen, und sind sie noch so klein, gehen in die falsche Richtung und stossen die Tür auf zu weiteren, beunruhigenden Entwicklungen.

Ungeachtet davon, ob die neue Verordnung staatsrechtlichen Prinzipien genügt oder nicht, bleibt das ungute Gefühl, dass zukünftig eine städtische Norm die Observation von den potentiell schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft erlauben soll. Personen, welche Steuergelder hinterziehen, werden von der Politik hingegen noch immer mit Samthandschuhen angefasst. «Justice is open to all, like the Ritz Hotel», sagte bereits Ende des 19. Jahrhunderts der irische Richter Sir James Matthews.



ERFOLGREICHER 1.MAI-UMZUG IN ZÜRICH

12'000 Personen nahmen am diesjährigen 1. Mai - Umzug in Zürich teil. Wie immer schlängelte sich der Umzug farbenfroh, multikulturell und lautstark vom Helvetiaplatz durch die Zürcher Innenstadt, um dann auf dem Sechseläutenplatz einen abschliessenden Höhepunkt zu erleben. Auch Mitglieder der SP 4 und 5 waren am Umzug vertreten – wenn auch der Fotograf diese in der Men-

schenmasse zuerst etwas suchen musste. Nicht zu vergessen ist das 1. Mai-Fest auf dem Zeughausareal, welches schon am Samstag und Sonntag vor dem 1. Mai selbst begann und am Nachmittag des Tag der Arbeit viele Menschen anlockte, so dass kaum noch ein Durchkommen war, um sich den obligaten Falafel oder das Grillspießli holen zu können. Auf das nächste Jahr!



Liebe Genoss*innen

Dass ich mal Platzwart werden sollte, das hat mir niemand an der Wiege gesungen. Aber wer soll denn einen schönen Platz warten? Die Regierung tut es ja nicht. Oder nur mit Hilfe von Sonnenschirmen. Gemäss dem Motto: Frei sein darf dieser Platz gar nie, selbst mit Sonnenschirmen stellen wir ihn voll. Aber nicht nur unser Schattenminister hat Tadel verdient! Richtigen Mut bewies unsere rot-rot-grüne Regierung, wenn sie Bäume pflanzte. Die hielten nicht nur die Sonne ab, sondern Gross-Veranstaltungen definitiv fern. Aber so weit will das Initiativkomitee (Omar ist Mitglied!) ja gar nicht gehen (auch wenn es Omar gefiele...), sondern es wird ein gut helvetisch-turicensischer Kompromiss präsentiert. Spasspolitiker*innen monieren, das sei rigide; das finden auch einige hoch verdiente Kultur-Apparatschiks, die von kos-tenpflichtigem Spass leben. Was Spass macht und was nicht, soll ruhig

jeder und jede einzelne entscheiden dürfen: Genau dies ermöglicht die Initiative: Dass der Platz ja allen und jeder und jedem gehören soll: An 300 Tagen. Zum Lesen, Spazieren, Flanieren, Bier trinken oder Enkelkinder Spazierenführen (Omar hat noch keine eigenen). Dass der Platz während der Hälfte des Jahres institutionell bespasst wird – das ist der gemeinderätliche «Kompromiss»; sei es durch Weihnachtsmärkte, einen B-Zirkus, ein C-Filmfestival und die beiden grossen Agglopartys: Sechseläuten und Streetparade – was kommt als nächstes? Die Ostern-wird-Jöö-Hasen-Suche, gesponsert von der Migros? Bleibt zu hoffen, dass unser Gemeinderat – so rot-rot-grün wie ihn das Wahlvolk schuf – die nächsten vier Jahre bessere Kompromisse schliesst – wo es denn nötig ist. Und an die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt denkt und nicht an Sauglattismus.

Omar der Platzwart (cum grano salis)

Wahl- und Abstimmungsparolen vom 10. Juni 2018:

Schulkreis Limmattal

Präsidium: **Katrin Wüthrich**

Mitglieder: **Gian Luca Bonanomi, Muriel Degen Koch, Konrad (Koni) Loepfe, Dániel Puskás, Roland Schaller, Irene Willi, Katrin Wüthrich, Heinz Wyssling**

Städtische Vorlagen

Tagesschule 2025	Ja
Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal»	Nein
Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal	Ja
Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz»	Stimmfreigabe
Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz»	Ja
Stichentscheid «Freier Sechseläutenplatz»	Stimmfreigabe
Gartenareal Dunkelhölzli	Ja
Bürogebäude Eggbühlstrasse	Ja
Neue kommunale Wohnsiedlung Herdern	Ja
Ausbildungszentrum Rohwiesen	Ja
Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof	Ja
Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg	Ja

Kantonale Vorlagen

Senkung der Grundstückgewinnsteuer (Steuergesetz)	Nein
Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (Verkehrsfonds)	Nein

Eidgenössische Vorlagen

Vollgeld-Initiative	Nein
Geldspielgesetz	Ja

Termine SP 4&5:

8. Juni, 20.00 Uhr: KR-Nominationsveranstaltung SP 4 & 5, Volkshaus, Gelber Saal

29. Mai, 19.00 Uhr: a.o. DV SP Kantont Zürich, Volkshaus

28. Juni, 19.00 Uhr: DV SP Stadt Zürich, ordentl. Jahresversammlung, Limmathaus

Termine SP 4:

30. August: Sommergrill

10. Dezember: Adventapero

Termine SP 5:

9. Juni: Abstimmungsstand am Limmatplatz

10. Juli: MV SP 5 mit Sommergrill

24. bis 26. August: Röntgenplatz-Fest 2018

Impressum / Die Infomacher:

Benedikt Knobel, Lewin Lempert, Thomas Loosli,
Severin Seliner

Postadressen:

SP Zürich 4

Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich

SP Zürich 5

Postfach 2108, 8031 Zürich